K-5-3366 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Sven Drebes (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 643 bis 645 einfügen:
Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können. Falls bestimmte, insbesondere benachteiligte, gesellschaftliche Gruppen durch das Losverfahren nicht in einem Bürger*innenrat vertreten sind, werden ergänzend Vertreter*innen dieser Gruppen berufen. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir

Begründung

Bürger*innenräte bilden um so wahrscheinlicher die (Stadt-)Gesellschaft ab, je größer sie sind. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass die Wahrscheinlichkeit, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen in einem Bürger*innenrat nicht vertreten sind, bei verhältnismäßig kleinen Räten höher ist als bei größeren. Die Wahrscheinlichkeit ist zudem für relativ kleine gesellschaftliche Gruppen besonders hoch. Damit Bürger*innenräte arbeitsfähig sind, sollten sie andererseits eine bestimmte Größe nicht überschreiten. Um in diesem Spannungsverhältnis sicher zu stellen, dass von Diskrimimierung betroffene Menschen in allen Bürger*innenräten vertreten sind, ist es notwendig, die Räte dann gezielt zu ergänzen, wenn kein*e Angehörige*r einer bestimmten Gruppe hinein gelost wurde. Das kann beispielsweise über Vereine erfolgen. Mögliche Gruppen sind Jüd*innen, Sinti*zze und Romni*ja, BPoC, queere und behinderte Menschen.

Unterstützer*innen

Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Ingrid Bertermann (KV Berlin-Mitte); Manuel Rivera (KV Berlin-Mitte); Juliana Wimmer (KV Berlin-Mitte); Tuba Bozkurt (KV Berlin-Mitte); Nils-Eyk Zimmermann (KV Berlin-Mitte); Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte); Marco Hischer (KV Berlin-Mitte); Cornelia Hagemann (KV Berlin-Mitte); Nina Freund (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Johanna Weber (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte)